

Prof. Dr. Axel A. Weber
Präsident
der Deutschen Bundesbank

**Ausführungen vor dem Haushaltsausschuss des
Deutschen Bundestages**

in Berlin
am Mittwoch, 8. März 2006

– Es gilt das gesprochene Wort –

Seite 1 von 8

Zur geldpolitischen Lage im Euro-Währungsgebiet

Die Zinserhöhungen von Anfang Dezember 2005 und Anfang März 2006 hat der EZB-Rat aufgrund gestiegener Preisrisiken beschlossen. Die Anhebung des Leitzinses auf 2,5 % trägt den Aufwärtsrisiken bei den Preisen Rechnung und hilft, längerfristige Inflationserwartungen auf stabilitätsgerechtem Niveau zu verankern. Preisstabilität ist langfristig ein entscheidender Beitrag zu anhaltendem Wirtschaftswachstum im Euro-Raum.

Im Euro-Raum sind weiterhin Preisrisiken vorhanden. Dies zeigen neben dem anhaltend starken Geld- und Kreditwachstum auch nichtmonetäre Indikatoren an: So besteht die Gefahr weiterer Ölpreissteigerungen, die Mehrwertsteuererhöhung in Deutschland wird preistreibend wirken, und das Risiko von Zweitrundeneffekten könnte zunehmen.

- EZB-Stabs-Projektionen der HVPI-Jahresinflation für 2006 und 2007 gehen von jeweils 2,2 % im Durchschnitt aus.
- Gleichzeitig werden die Aussichten für das Wirtschaftswachstum im Euro-Raum recht günstig beurteilt. Die Projektionen für das BIP-Wachstum gehen für 2006 und 2007 von 2,1 % bzw. 2,0 % im Durchschnitt aus.

Die monetären Bedingungen sind sowohl für den Euro-Raum als auch für Deutschland derzeit weiterhin expansiv:

- Bei starkem Geldmengenanstieg ist die Überschussliquidität im Euro-Gebiet (gemessen an der um Portfolioeffekte bereinigten realen Geldlücke) im Jahr 2005 deutlich gestiegen. Haupttriebkraft ist die starke Kreditnachfrage im Euroraum.
- Das extrem niedrige Zinsniveau hat maßgeblich zu dieser Entwicklung beigetragen. Die Finanzierungskosten für öffentliche wie private Schuldner im Euro-Raum und Deutschland sind aber auch nach den beiden Zinsschritten weiterhin sehr günstig.

Zur Konjunktur in Deutschland

- Die deutsche Wirtschaft ist in konjunktureller Hinsicht im Jahresverlauf 2005 einen wichtigen Schritt vorangekommen, und dies trotz hoher ölpreisbedingter Realeinkommensverluste und immer noch schwieriger Arbeitsmarktlage.
- Zyklisch betrachtet befindet sich Deutschland derzeit in der zweiten Phase des Erholungsprozesses. Es ist eine Verbreiterung des Wachstumsprozesses durch ein Anziehen der Ausrüstungsinvestitionen festzustellen. Zudem gibt es Anzeichen für eine „Bodenbildung“ in der Bauwirtschaft. Allerdings hielt die Schwäche des privaten Verbrauchs bis zuletzt an, vor allem bedingt durch den hohen Kaufkraftentzug (kräftige Energiever-
teuerung) und den Rückgang der Zahl der

sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten. Zudem ist die Sparquote weiter leicht gestiegen.

- Das – insgesamt betrachtet – günstige Bild wird auch durch die Wachstumspause der deutschen Wirtschaft im 4. Vj. 2005 nicht in Frage gestellt. Wegen beachtlicher Volatilität der BIP-Raten von Quartal zu Quartal ist eine halbjährliche Betrachtungsweise angemessener. Danach war die konjunkturelle Grunddynamik im 2. Hj. 2005 mit – auf Jahresrate hochgerechnet – 1 ½ % ebenso hoch wie im 1. Hj.
- Die Voraussetzungen für eine Fortsetzung der zyklischen Aufwärtsbewegung sind recht günstig. Weltwirtschaft und Welthandel werden – nach übereinstimmender Einschätzung internationaler Organisationen – auch 2006 kräftig expandieren. Deutschland wird davon wegen seiner hohen preislichen Wettbewerbsfähigkeit und seiner breiten Produktpalette in besonderer Weise profitieren. Zudem sind die Finanzierungsbedingungen für Investitionen weiterhin günstig. Bei Ausrüstungsinvestitionen wird das Erweiterungsmotiv an Bedeutung gewinnen, und die Bauaktivitäten werden erstmals seit längerem keine Konjunkturbelastung mehr darstellen. Gleichwohl ist beim privaten Verbrauch noch kein Durchbruch zu erwarten. Zwar gibt es Hinweise auf Stabilisierungstendenzen am Arbeitsmarkt, zugleich aber immer noch spürbar dämpfende Effekte durch die starke Energieverteuerung.

- Die Abwärtsrisiken für die Konjunktur sind gleichwohl beachtlich. Hierzu zählen insbesondere ein mögliches weiteres Anziehen der Rohölpreise und eine Abwertung des US-Dollar. Darüber hinaus besteht hohe Unsicherheit bezüglich der Vorzieheffekte und Bremsspuren für die Konjunktur im laufenden bzw. kommenden Jahr infolge der geplanten Anhebung der Mehrwertsteuer.

Zur Lage der öffentlichen Finanzen

Die Entwicklung der öffentlichen Haushalte in Deutschland ist im Ergebnis 2005 eher günstig ausgefallen. Die gesamtstaatliche Maastricht-Defizitquote belief sich auf 3,3 %, so dass die Quote bereits 2005 nicht mehr weit von der 3 %-Grenze entfernt war. Wir erwarten für das laufende Jahr:

- Die Defizitquote dürfte weiter zurückgehen, wenn eine sparsame Haushaltspolitik verfolgt wird und keine weiteren defiziterhöhenden Maßnahmen beschlossen werden.
- Dabei kann es aus unserer Sicht zu einer leichten Verbesserung des strukturellen Defizits kommen, da neue Maßnahmen der großen Koalition per saldo nur geringen Einfluss auf das Defizit des laufenden Jahres haben dürften und grundsätzlich ein eher sparsamer Ausgabenkurs angelegt ist (Personalarückgang, Rentennullrunde, sparsame Haushaltsführung, Kreditaufnahme zu niedrigen Zinsen).

- Hinzu dürfte im laufenden Jahr ein positiver konjunktureller Einfluss kommen, der zu sinkenden Defiziten beiträgt.
- Das bedeutet: Die 3 %-Grenze ist in diesem Jahr in Reichweite, und zwar ohne neue größere Konsolidierungsmaßnahmen.
- Die Schuldenquote wird ausgehend vom bisherigen historischen Höchststand 2005 (voraussichtlich fast 68 %) weiter spürbar ansteigen.

Defizitverfahren gegen Deutschland

Deutschland hat seit 2002 den Referenzwert für die Defizitquote und den Schuldenstand überschritten. Der Abstand zur 3 %-Grenze war im vergangenen Jahr nicht groß. Zudem enthält der veränderte Stabilitäts- und Wachstumspakt für Länder mit übermäßigem Defizit die Vorgabe einer strukturellen Konsolidierung um jährlich mindestens 0,5 % des BIP. Auch ist zu berücksichtigen, dass die Korrekturfrist für Deutschland faktisch bereits einmal um ein Jahr auf 2005 verlängert worden war und die Schuldenquote, weiter steigt.

Zugleich sind die konjunkturellen Aussichten keinesfalls ungünstig und stehen einer zeitlich gleichmäßigeren Verteilung der Konsolidierungsanstrengungen nicht entgegen. Vor diesem Hintergrund ist bedenklich, dass in Deutschland nicht das Ziel verfolgt

wird, das übermäßige Defizit in diesem Jahr zu korrigieren. Deshalb ist eine Verschärfung des Defizitverfahrens gegen Deutschland angezeigt.

Aus unserer Sicht sollte Deutschland alles daran setzen, bereits im laufenden Jahr die 3 %-Defizitgrenze zu erreichen. Sollte durch den Ecofin Rat eine Fristverlängerung zur Korrektur des übermäßigen Defizits auf 2007 gewährt und eine strukturelle Konsolidierung von 1 % des BIP in 2006 und 2007 zusammen genommen eingefordert werden, treten wir dafür ein, dass eine möglichst gleichmäßige Verteilung auf beide Jahre angestrebt wird.

Weitere Konsolidierung nach Erreichen der 3 %-Grenze nötig

Das Stabilitätsprogramm für Deutschland sieht einen annähernd ausgeglichenen Haushalt bis 2009 (Defizitquote: 1 ½ %) nicht vor. Angesichts einer voraussichtlich eher günstigen konjunkturellen Entwicklung fällt die geplante strukturelle Konsolidierung 2008 und 2009 (jeweils knapp ½ % des BIP) zu gering aus.

Der Anstieg der Schuldenquote muss gestoppt und umgekehrt werden. Eine Reduktion der Defizitquote auf etwa 1 ½ % ist nötig, allein um die Schuldenquote langfristig auf die Höchstgrenze des Maastricht-Vertrages von rund 60 % zu begrenzen (bei einem nominalen BIP-Wachstum von 2 ½ %). Eine zügige und kräftigere Rückführung der Schuldenquote und eine Stabilisierung auf niedrigerem Niveau erfordert eine deutlich stärkere Konsolidierung.

Dazu sollte die möglicherweise günstiger als erwartete konjunkturelle Entwicklung eher genutzt werden als zu einer Rücknahme angekündigter Konsolidierungsschritte. Die Konsolidierungsnotwendigkeit darf keinesfalls ausschließlich an der 3 %-Grenze festgemacht werden.

- Der strukturelle Konsolidierungsbedarf zur Einhaltung der verfassungsrechtlichen Kreditobergrenzen für Bund und Länder ist weitaus größer als bis zum Einhalten der 3 %-Grenze.
- Insgesamt sind auch bei Erreichen der 3 %-Grenze keine Abstriche an der für 2007 und darüber hinaus geplanten Konsolidierung angezeigt: Für 2007 dürfte der Ecofin Rat wohl explizit eine strukturelle Konsolidierung um 1 % des BIP vorschreiben.
- Die europäischen Regeln sehen darüber hinaus die Fortsetzung einer jährlichen strukturellen Konsolidierung um 0,5 % des BIP vor, bis ein annähernd ausgeglichener Haushalt erreicht wird. Dieses Ziel ist gemäß Haushaltsgrundsätzegesetz auch eine nationale Verpflichtung für Bund und Länder.

* * *